

16. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Thomas Birk (Bündnis 90/Die Grünen)

vom 14. März 2007 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 15. März 2007) und **Antwort**

Kein Anschluss Berlins unter der zentralen Einwahlnummer „115“?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie bewertet der Senat die Vorwürfe von Seiten des Fraunhofer Instituts für offene Kommunikationssysteme (Fokus), man versuche seit acht Jahren mit dem Senat in Kooperation zu gehen, und es sei eine Katastrophe (Berliner Morgenpost vom 11. März 2007, S. 6)?

Zu 1.: Der Berliner Senat kooperiert seit mehreren Jahren sowohl auf der Ebene des Erfahrungsaustauschs als auch in konkreten Projekten mit dem Institut und ist in dessen Beirat vertreten. Der Berliner Senat nimmt zu der geäußerten persönlichen Einschätzung nicht Stellung.

2. Wie sind das Land Berlin, seine nachgeordneten Behörden und die Bezirke in das Projekt der bundesweiten Einwahl-Plattform eingebunden? Wer ist Ansprechpartner für dieses Projekt in der Berliner Verwaltung? Welche Funktion kommt hierbei dem IT-Dienstleistungszentrum (ITDZ) zu?

3. Wie werden die Schnittstellen zum im Aufbau befindlichen Berliner Callcenter geschaffen? Wie werden Schnittstellen zu den Berliner Behörden geschaffen, die nicht an das Callcenter des ITDZ angebunden sind?

4. Welche technischen Voraussetzungen müssen geschaffen werden, um eine Anbindung Berlins, seiner Bezirke und nachgeordneten Behörden an die bundesweite Einwahl-Plattform zu ermöglichen, und mit welchen Kosten ist dies verbunden? Wird der neue Service des Bundes dem Land Berlin in Rechnung gestellt? Welche Einsparungen für Berlin sind in der Folge mit der Anbindung möglich?

5. Hat Berlin Kontakt zu Kommunen im Rhein-Main-Gebiet, dem Pilotgebiet der Einwahlplattform, aufgenommen? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht, und wird dies erwogen?

Zu 2. - 5.: Das Vorhaben befindet sich in einem sehr frühen Planungsstadium, so dass die gestellten Fragen

zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch vom Berliner Senat nicht abschließend beantwortet werden können. Die für E-Government zuständigen Staatssekretäre des Bundes und der Länder haben in ihrer Sitzung am 19.03.2007 beschlossen, das Vorhaben als prioritäres Projekt in den bestehenden Aktionsplan Deutschland Online aufzunehmen. Der Bund und das Land Hessen sollen beauftragt werden, die Federführung des Projekts zu übernehmen und einen Vorschlag zur Projektdurchführung einschl. der finanziellen, organisatorischen und technischen Rahmenbedingungen vorzulegen. Es ist beabsichtigt, die zentrale Einwahl zunächst in Modellregionen - die entgegen einschlägiger Verlautbarungen in den Medien noch festzulegen sind - zu erproben. Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport strebt eine Beteiligung Berlins an dem Projekt als Modellregion an, da hierzu durch die Einführung des Berlin-Telefons und die existierende zentrale Einwahlnummer zur Berliner Verwaltung („900“) über das Callcenter des ITDZ Berlin gute technische und organisatorische Voraussetzungen vorliegen.

6. Wie ist Berlin auf die Anforderungen der EU-Dienstleistungsrichtlinie hinsichtlich der europaweiten Erreichbarkeit der Berliner Behörden im Rahmen eines national einheitlichen Einwahlsystems und angepasster Onlinesysteme gerüstet?

Zu 6.: Das Land Berlin bereitet sich derzeit - wie alle anderen Bundesländer und der Bund - auf die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie vor. Allerdings müssen noch eine Vielzahl von rechtlichen, organisatorischen und technischen Fragen - sowohl EU-weit als auch national - geklärt werden, bevor hierzu eine definitive Einschätzung möglich ist.

Berlin, den 02. April 2007

In Vertretung

Ulrich Freise

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 12. April 2007)